

1. Ein bundesweites Netz gut ausgestatteter wohnortsnaher Krankenhäuser ist überlebenswichtig. Wie wollen Sie die Krankenhäuser in ländlichen Strukturen stabilisieren?

Wir sehen die Entwicklung des Gesundheitssystems gerade im ländlichen Raum mit großer Sorge. Praxisschließungen aufgrund von Nachwuchsmangel und Ansiedlungen der Praxen an Orten mit vielen Privatpatient:innen, also in den Städten, unzureichende Notarztversorgung und nicht zuletzt die Klinikschließungen. Wir halten eine Spezialisierung von Kliniken in Kombination mit dazugehörigen Pfortenkrankenhäuser nicht generell für falsch. Wir sehen neben den Krankenhausschließungsplänen aber aktuell keine zufriedenstellenden Pläne für eine ausreichende Grundversorgung in der Fläche und das kritisieren wir entschieden! Unsere Antwort auf diese Misere besteht aus zwei Teilen: Erstens gibt es eine langfristige Perspektive. Wir müssen unsere Gesundheitssystem sehr grundsätzlich reformieren. Gesundheit ist keine Ware und Profitgier hat hier nichts verloren. Krankenhauskonzerne, die vor allem Profite für ihre Aktionär:innen zum Ziel haben, können keine guten Krankenhäuser betreiben. Das heißt für uns, wir müssen Krankenhäuser rekommunalisieren und von dem Druck befreien, profitabel für Anleger:innen zu sein. Die Gesundheit der Patient:innen muss im Zentrum stehen. Dazu bedarf es einer Finanzierung aus einem solidarischen Gesundheitssystem. Zweitens müssen wir gerade die kleine Kliniken zu poliklinischen Häusern umbauen, die ambulante, stationäre Leistungen anbieten und auch Notfälle versorgen können.

2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass wohnortsnahen Kliniken ausreichend Geld für Personal, Behandlungen und Investitionen bekommen?

Zuallererst muss das Land seinen Investitionsrückstau aufholen, bzw. seine Investitionsblockade aufgeben. Wir wissen, dass das Land schon seit Jahren seinen Verpflichtungen hier nicht nachkommt und Krankenhausbetreiber:innen dazu zwingt auf den Topf der Sachkosten zurückzugreifen, die eigentlich unter anderem für das Personal vorgesehen sind. Dieser Zustand ist nicht haltbar! Durch das falsche System der DRGs werden zudem gerade kleine Krankenhäuser der Grundversorgung massiv benachteiligt. Damit ist der Weg klar: Die DRGs müssen weg, das Land muss seine Pflicht tun und die privaten Häuser rekommunalisiert werden. Die steuerlichen Möglichkeiten die Haushaltskasse des Landes zu entlasten sind nicht voll ausgeschöpft, so fordern wir auf Bundesebene eine Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer, die den Ländern direkt zugute kommt.

3. Wie wollen Sie dem Personalnotstand von ÄrztInnen und Pflegepersonal in ländlichen Regionen entgegenwirken?

Vor allem müssen hier die Arbeitsbedingungen für das Klinikpersonal verbessert werden. Der Personalnotstand ist schließlich keine neue Entwicklung, sondern das Ergebnis einer teilweise jahrzehntelangen Fehlentwicklung. Wenn die Pflegefachkräfte wegen Kostendruck und Arbeitsverdichtung, keine Zeit mehr haben, sich um Patient:innen zu kümmern, muss man sich nicht wundern, dass die Arbeitskräfte den Beruf schnell wieder verlassen oder die Ausbildung abbrechen. Bei den Ärzt:innen sieht es ähnlich aus, die Arbeitssituation der Landärzt:innen mit 60-80 Wochenstunden,

ohne Urlaub und ohne Freizeit ist nicht besonders attraktiv. Auch deswegen wollen wir dezentrale, kommunale Gesundheitszentren im ländlichen Raum aufbauen, die durch gut ausgestattete fahrende Praxen und Shuttles für in der Mobilität eingeschränkte Patient:innen unterstützt werden. Durch die Kommune als Auftraggeber können wir dem Gesundheitspersonal gute und sichere Arbeitsbedingungen bieten. Wir sehen darin außerdem Möglichkeiten das Aufgabenfeld der professionell Pflegenden zu erweitern und so den Beruf aufzuwerten. Auch eine ganzheitliche Betreuung und somit dem Bedarf der Patient:innen können wir durch multiprofessionelle Teams gerecht werden.

4. Aktuell ist von 32 Standorten in Deutschland bekannt, dass dort eine Schließung droht. 19 davon liegen in Baden-Württemberg: Bad Urach, Baden-Baden, Balg, Böblingen, Buchen, Bühl, Ebersteinburg, Ettenheim, Forbach, Gerlingen, Kehl, Lörrach, Mosbach, Oberkirch, Rastatt, Rheinfelden, Sankt Blasien, Schopfheim und Sindelfingen. Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung?

Wir kritisieren diese Pläne sehr deutlich. Die Schließung von Krankenhäusern wird die Versorgung von Patient:innen gerade im ländlichen Raum oder in den Subzentren mit Sicherheit nicht verbessern. Gerade die aktuelle Pandemie zeigt überdeutlich, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Kaputt sparen auf der einen Seite und Renditemaximierung auf der anderen Seite sind der sicherste Weg, dass die Gesundheit der Menschen auf der Strecke bleibt. Wir halten eine Spezialisierung von Kliniken in Kombination mit dazugehörigen Pfortenkrankenhäusern nicht generell für falsch. Wir sehen neben den Krankenhausschließungsplänen aber aktuell keine zufriedenstellenden Pläne für eine ausreichende Grundversorgung in der Fläche. Telemedizin kann dabei nicht als Allheilmittel die Antwort sein. Das muss ergänzend angeboten werden, aber nicht als Ersatz.

5. Viele Menschen kämpfen vor Ort für den Erhalt ihres Krankenhauses. Eine Schließung zugunsten einer anderorts neu gebauten Großklinik ist für sie keine Option. Werden Sie diesen Menschen helfen und ihren Einsatz für eine wohnortsnahe Akutversorgung unterstützen?

Selbstverständlich! DIE LINKE ist in vielen Gemeinden mit ihren Basisorganisationen und auch mit ihren Mandatsträger:innen in den lokalen Bündnissen aktiv. Wir begreifen die Arbeit in den Bündnissen als einen zentralen Bestandteil unserer politischen Arbeit, unsere kommunalen Mandatsträger:innen transportieren die Forderungen der Menschen in den betroffenen Städten und Gemeinden in die Gremien der Kommunalen Selbstversorgung. Wir würden die Arbeit gerne noch intensiver unterstützen, aber dafür müssen wir in den Landtag einziehen. In der letzten Legislaturperiode wurden kommunale Gesundheitskonferenzen aus Bürger:innen, Verbänden und Anbieter:innen aus dem Gesundheitssektor initiiert. Diese sollen die Versorgungsstrukturen vor Ort mitgestalten. Wir möchten Beteiligungsstrukturen im Landtag stärken, damit die Lösungen der Lebensrealität der Menschen vor Ort entsprechen.